

Offener Brief zur aktuellen Situation des Jobcenters und der zukünftigen Priorisierung der Arbeitsmarktpolitik

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bovenschulte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Grantz,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Stadtverordnete,

Der Arbeitskreis (AK) Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen in Bremen sowie der Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven haben hat sich in ihren jüngsten Sitzungen mit der aktuellen finanziellen Situation des Jobcenters in Bremen und den drohenden Kürzungen im Bund (Arbeitsmarktmittel und Mittel für Sprach- und Integrationskurse) beschäftigt. Bei der nun angekündigten Priorisierung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung fordern wir Sie auf, wie ursprünglich geplant, die Expert*innen mit einzubeziehen. Dazu gehören sowohl Vertreter*innen aus den Stadtteilen und aus den arbeitsmarktpolitischen Netzwerken als auch Trägervertreter*innen.

Nach Ansicht der AK-Mitglieder zeigen sich die zu befürchtenden Folgen in drei Aspekten:

1. Zielgruppen der Angebote
2. Auswirkungen auf die Stadtteile (sozialer Frieden)
3. Träger und Personal

Zu 1: Weniger Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote verzögern oder verhindern die Arbeitsmarktintegration von Menschen, die noch keinen Einstieg in ein existenzsicherndes Berufsleben gefunden haben. Dabei trifft es die Gruppen am härtesten, die besondere Unterstützung benötigen, wie z.B. Alleinerziehende und Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund. Arbeitsgelegenheiten und Qualifizierungsangebote bieten eine Struktur außerhalb des häuslichen Umfelds, die Möglichkeit, persönliche Netzwerke aufzubauen und Sprach- und Lernkompetenzen zu verbessern. Die Teilnehmenden gewinnen Mobilität, lernen Institutionen kennen und üben für die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung notwendige Fähigkeiten ein. Dies wirkt sich positiv auf das gesamte Familiensystem aus.

Offener Brief zur aktuellen Situation des Jobcenters und der zukünftigen Priorisierung der Arbeitsmarktpolitik

Wird bei Qualifizierungen zur Pflegeassistenz oder sozialpädagogischen Assistenz der Rotstift angesetzt, so geht dies zu Lasten einer ohnehin deutlich angespannten Infrastruktur in Pflege und Kinderbetreuung und natürlich der Teilnehmenden, darunter vielfach Frauen.

Zu 2: Mit ihren Angeboten sorgen die arbeitsmarktpolitischen Dienstleister (Beschäftigungs- und Weiterbildungsträger) für eine soziale Infrastruktur in den Quartieren, die nicht nur den dort Arbeitenden, sondern allen Menschen im Stadtteil zugutekommt. Das Leben in den Stadtteilen ist geprägt von Quartierstreffpunkten, sozialen Cafés, intergenerationellen Begegnungsorten und Anlaufstellen für Beratung und Informationen. Eine wichtige Säule dieser sozialen Infrastruktur bilden die Arbeitsgelegenheiten (AGHs) sowie andere geförderte Projekte und Maßnahmen mit Arbeitsmarktbezug. Stadtteilmärkte, Stadtteilcafés, Sozialkaufhäuser - alle diese Angebote prägen einen Stadtteil, ein Quartier, und tragen zum sozialen Miteinander bei. Bricht ein Angebot weg, trifft das auf einen Schlag nicht nur die Beschäftigten und den Träger, sondern viele Nutzerinnen und Nutzer im Stadtteil, die darauf angewiesen sind.

Zu 3: Integrationsarbeit ist Beziehungsarbeit und lebt von einer langfristigen Zusammenarbeit im Team und mit den Teilnehmenden. Es werden Beratungs-Netzwerkstrukturen und Schnittstellen ausgebaut, die für effiziente Abläufe sorgen und trägerübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen.

Expert*innenwissen wird aufgebaut und Vertrauensarbeit wird geleistet. Eine mittel- bis langfristige Planung ist betriebswirtschaftlich weitaus sinnvoller als ein immer wiederkehrender Aufbau von Expertise und Infrastruktur.

Auf Bundesebene kündigt sich mit den vorliegenden Haushaltsentwürfen ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik an: mehr fordern, deutlich weniger fördern. Das trifft vor allem die Personen, die auf besondere Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt angewiesen sind. Für die Jobcenter bedeuten die Kürzungen erheblich weniger Handlungsspielräume bei der Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung. Um seinen Integrationsauftrag erfüllen zu können, braucht das Jobcenter aber die entsprechenden Mittel. Wir bitten Sie, sich auf Bundesebene dafür stark zu machen, dass die angekündigten Kürzungen im



Offener Brief zur aktuellen Situation des Jobcenters und der zukünftigen Priorisierung der Arbeitsmarktpolitik



Bundeshaushalt so nicht zur Umsetzung kommen. Bremen und Bremerhaven wären davon besonders betroffen mit dem hohen Anteil Zugewanderter, Erwerbsloser und nicht erwerbstätiger Alleinerziehender.

Menschen, die Teilhabe erfahren, sind motiviert, sich sowohl positiv in die Gesellschaft einzubringen als auch nächste Schritte in Richtung Arbeitsmarkt zu gehen. Bei den Kürzungen, die jetzt zu erwarten sind, ist das soziale Miteinander in den sozial belasteten Quartieren in Gefahr. Wir erwarten, dass Bremen Verantwortung übernimmt und ressortübergreifend nach Lösungen und Perspektiven sucht: für die Zielgruppen der Angebote, für die Träger inklusive den beschäftigten Fachkräften, für die Quartiere!

Mitglieder der AK Berufliche Perspektiven für Frauen: arbeitsmarktpolitische Dienstleister, DGB, Arbeitnehmerkammer.

AK Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven

Bremen, 20.08.2024

Zu den Arbeitskreisen Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremen und Bremerhaven:

Der [Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen in Bremen](#) sowie der Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven sind zwei zentrale Netzwerke von Arbeitsmarktexpertinnen zum Thema Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Frauenerwerbstätigkeit im Land Bremen. Das Spektrum der Expertinnen ist breit und reicht von der Verwaltung über die Trägerlandschaft, von Frauenunternehmen über wissenschaftliche Institute, von Universität und Hochschulen über kirchliche Einrichtungen. Aktiv getragen werden diese breit gefächerten Netzwerke von einer Vielzahl von Fachfrauen aus der arbeitsmarktpolitischen Praxis. Weiterbildungs- und Beschäftigungsträger, Frauenberatungsstellen, Mütterzentren, wissenschaftliche Einrichtungen und Arbeitsverwaltungen sind hier ebenso vertreten. Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) ist Geschäftsführerin der Arbeitskreise